



CHRISTIAN DITSCH / VERSION

# „Gefährlicher als ein Taliban“

Im Ost-Berliner Stadtteil Heinersdorf hat die Polizei eine Kooperationsvereinbarung mit einer muslimischen Gemeinde unterschrieben. Vielen Einheimischen sind die Fremden suspekt.

**AUFGEBRACHTE BÜRGER**  
Anwohner gingen im Mai 2006 auf die Straße, um gegen das geplante muslimische Gemeindezentrum in Heinersdorf zu demonstrieren.

Der Imam und der Gemeindevorsitzende konnten einige Heinersdorfer von ihren friedlichen Absichten überzeugen.

An den Wänden des Vereinsbüros lehnen Transparente, die sie auf den Demonstrationen vor sich hergetragen haben. Die Spruchbänder leuchten in bunten Farben, die Aufschriften sind aggressiv: „Es bleibt dabei – nein zur Moschee“ oder „Nein zur Ahmadiyya-Kommandozentrale Heinersdorf“. Sie stammen aus einer Zeit, da Joachim Swietlik und seine „Interesengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger“ gegen den Moscheebau noch glaubten, sie könnten die muslimische Ahmadiyya-Gemeinde aufhalten.

Doch die Moschee wird seit einem Jahr hochgezogen, der Rohbau im Ost-Berliner Stadtteil Heinersdorf ist fast fertig, und zu den Demonstrationen kommen immer weniger Menschen. Swietlik hat verloren. Er weiß das, aber er versteht es nicht: „Es handelt sich doch um eine frauenfeindliche Sekte“, sagt er. Er begreift erst recht nicht, wieso die Polizei im vergangenen November eine Kooperationsvereinbarung mit der muslimischen Gemeinde unterschrieben hat. Es ist für Swietlik ein weiterer Schritt in Richtung Katastrophe – er befürchtet nichts weniger als den Verlust seiner Welt.

Der Mini-Vertrag, der Swietlik irritiert, unterscheidet sich kaum von den zahllosen Kooperationen, die jede Polizeidirektion mit Schulen und Sportvereinen in ihrem Viertel unterhält. Er ist vier Seiten lang, es geht um eine „störungsfreie Kommunikation“ und gemeinsame Informationsver-

staltungen. Mehr nicht. Die Vereinbarung markiert dennoch eine Zeitenwende: Die Sicherheitsbehörden gehen zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik auf die Muslime zu.

Polizisten veranstalten überall in Deutschland Informationsabende in Moscheen, sie nehmen an religiösen Festen teil oder kooperieren mit Imamen, um die Jugendkriminalität zu bekämpfen. Sie wollen etwas über deren Kultur lernen, sie wollen Muslimen aber auch ihr Misstrauen gegenüber der deutschen Gesellschaft nehmen. Wie gefährlich dieses Misstrauen werden kann, hat sich in Paris gezeigt: Da brannten vor zweieinhalb Jahren die Vorstädte, weil muslimische Jugendliche dachten, Polizisten hätten zwei der Ihren zu Tode gejagt.

Doch die Strategie könnte auch zu neuen Problemen führen. Der Leiter des Polizeiabschnitts Andreas Kirsten weiß das. Die Behörde hat zwar nur zehn E-Mails bekommen, nachdem die Kooperation bekannt wurde. Aber in einer hieß es, der Polizeichef solle „am Baum hängen“. „Es gibt Ängste“, sagt Kirsten. Nicht nur Rechte seien gegen die Moschee, sondern Bürger aus allen Schichten.

Einer, der Angst hat, ist der selbständige Glas-techniker Swietlik. Er ordnet sich politisch „eher links“ ein. Der 44-Jährige lebt seit zehn Jahren in Heinersdorf. Es ist ein kleines Viertel mit rund 6500 Einwohnern nahe der Berliner Stadtgrenze: Zwei stark befahrene Landstraßen kreuzen sich, längs ste-

hen Bürgerhäuser, eine mittelalterliche Kirche und ein maroder Wasserturm. Es gibt weder Araber noch Türken, bis heute. Heinersdorf ist vielleicht eine der letzten deutschen Enklaven dieser Republik.

Deshalb glaubte Swietlik an einen Irrtum, als er am 7. März 2006 in der Zeitung las, dass die Ahmadiyya-Gemeinde eine Moschee in der Tiniusstraße 5–8 plane, einer Industriebrache direkt am Autobahnzubringer. Sie sollte zwei Stockwerke hoch werden, das Minarett zwölf Meter. In der Bauausschusssitzung zwei Tage später fragten entgeisterte Bürger die Politiker: Wieso hier?

Es gibt rund 30 000 Ahmadis in Deutsch-

land, die Berliner Gemeinde hat 200 Mitglieder. Die meisten sind aus Pakistan geflohen, denn die Ahmadiyya wird dort seit den siebziger Jahren brutal verfolgt: Sie gilt als unislamisch. Nach der orthodoxen Lehre war Mohammed der letzte Gesandte Gottes. Die Ahmadis sehen das genauso, glauben aber an so etwas wie Schattenpropheten, die ebenfalls Botschaften Gottes empfangen.

Die Ahmadis haben die Hoffnung auf eine Rückkehr in ihre Heimat aufgegeben. Deshalb beschlossen sie vor einigen Jahren, 100 Moscheen in Deutschland zu bauen, eine in Berlin. Das Grundstück in Heinersdorf bot sich an, weil es billig war. Ein Zufall. Sie stellten am 19. April 2005 einen Bauantrag bei der Bezirksverwaltung, sie erhielten eine Genehmigung, im März 2006 ging es nur noch um die Geschosshöhen, um Wegerechte, die Statik.

Viele Heinersdorfer wollten aber kein islamisches Gotteshaus in ihrer Mitte. Sie kannten die Religion und ihre Anhänger aus dem Fernsehen, ein einseitiges Bild, das Ängste entfachte – aber könne „jemand ausschließen, dass sie nicht begründet sind?“, fragte der ehemalige Klinikarzt Heiner Fleck damals. Sie wollten in Heinersdorf keine brennenden Straßenschluchten erleben wie im Irak oder Jungs, die Steine werfen, wie an Kreuzberger Schulen. Sie dachten, wenn sie ihren Unmut zeigten, könnten sie diese Moschee verhindern. Sie kannten damals das Baurecht noch nicht.

1500 Menschen gingen zu der ersten Informationsveranstaltung des Bezirks am 30. März 2006. Swietlik stand in der Grundschulturnhalle zwischen Rentnerinnen, Familienvätern und zwei Dutzend Skinheads. Viele skandierten: „Wir sind das Volk.“ Einige schwangen dabei die Fäuste. Es wurde so gefährlich, dass die Polizei den Imam der Ahmadiyya-Gemeinde, Abdul Basit Tariq, aus der Halle geleitete. Ein Flugblatt machte die Runde. Darauf stand die Frage: „Entspricht es der Wahrheit, dass Kleingar-



RONALD WITTEK / DPA

tenkolonien in Heinersdorf für die Errichtung arabischer Siedlungen im Gespräch sind?“

Ein gediegener älterer Herr, erinnert sich Jens-Holger Kirchner, damals Vorsitzender des Bezirksparlaments, habe ihn sogar persönlich bedroht. „Das überlebst du nicht“, habe der Mann zu ihm gesagt, „morgen bist du einen Kopf kürzer.“ Tage später bekam er einen Anruf, eine offenbar ältere Frau schrie: „Die Moschee wird brennen.“ Tage später zog die NPD mit 200 Personen durch den Ort.

Die Moscheegegner veranstalteten seitdem vier große Demonstrationen, zu einer kamen über 3500 Protestierende. Sie gründeten einen Verein. Er hat 78 Mitglieder, die über 20 000 Unterschriften gegen die Moschee gesammelt haben. Das sind dreimal mehr, als Heinersdorf Einwohner hat – vergebens. Das Baurecht legt nur formale Kriterien fest – wer sie erfüllt, darf loslegen. Das Büro der Moscheegegner ist heute in der Tiniusstraße 9, auf dem Grundstück neben dem Moschee-Rohbau. Ein Kreuzifix hängt über der Tür, obwohl viele Mitglieder Atheisten sind.

Swietlik sitzt am Konferenztisch in der Mitte des Zimmers und trägt einen schwarzen Anzug und ein graues Hemd. Er hat in den vergangenen zwei Jahren Schriften der Ahmadiyya studiert und siebenmal mit dem Imam Tariq diskutiert. Er hat das Internet nach Informationen „durchkämmt“ und für seine Sache viele Interviews gegeben. Der Mann trägt seine Bedenken heute routiniert vor wie ein Wahlkämpfer in der letzten Phase. Es gehe nicht mehr „um ein diffuses Bauchgefühl“, sagt er.

Die Ahmadis passten nicht nach Heinersdorf, referiert Swietlik, weil sie Schwule diskriminierten. Er hat vor einigen Monaten einen Artikel auf ihrer Webseite gefunden. Es habe darin sinngemäß geheißen, dass „Schweinefleisch essen verboten ist, weil es schwul macht“. Sie seien überdies frauenfeindlich, alle Ahmadi-Frauen verschleierten sich und dürften geschlagen werden, Ehen würden arrangiert.

#### FRÖHLICHE GESICHTER

Muslimische Mädchen der Ahmadiyya-Gemeinschaft schwenken deutsche Fähnchen (in Mannheim 2005).

#### Die Geschichte der Ahmadiyya

*Gegründet wurde die Glaubensrichtung 1889 im heutigen Pakistan von Mirza Ghulam Ahmad. Weil dessen Anhänger ihn als Propheten verehren, kam es zu Konflikten mit der muslimischen Mehrheit.*

*Nach deren Dogma ist Mohammed der letzte der Propheten. Seit 1894 ist es den Ahmadis in Pakistan unter Strafdrohung verboten, sich als Muslime zu bezeichnen und islamische Gebote zu befolgen. Auch die Islamische Weltliga schloss die Ahmadiyya aus der islamischen Glaubensgemeinschaft aus. Von den weltweit etwa eine Million Ahmadis lebt die Hälfte auf dem indischen Subkontinent.*

**Die Ahmadis haben in Deutschland bislang 19 Moscheen gebaut. Jedes Mal gab es dieselben Vorbehalte.**

Die mutmaßlichen politischen Ziele der Ahmadiyya bereiten Swietlik aber noch größere Sorgen. Einer Lehrschrift der Gemeinde aus den siebziger Jahren hat er entnommen, dass ihr Ziel „die Errichtung eines islamischen Staates mit der Scharia als Grundlage ist“. Nach außen hin gäben die Ahmadis sich freundlich, so Swietliks Fazit, aber eigentlich seien sie „viel gefährlicher als ein berechenbarer Taliban, der die Kalaschnikow schwingt“. Swietlik hat den Verfassungsschutz informiert, aber der unternimmt nichts.

Das Oberhaupt der vermeintlichen Umsturz zelle in Deutschland, der Konvertit Abdullah Uwe Wagishauser, kennt diese Ängste. Er schüttelt den Kopf. Er sagt: „Schwachsinn“. Er hat schon so oft auf diese Fragen geantwortet, 19 Moscheen haben die Ahmadis bislang in Deutschland gebaut, jedes Mal ging es um dieselben Vorwürfe. Wagishauser hat Routine. Da ist er wie Swietlik.

Offenbar handelt es sich um ein Missverständnis. Wagishauser will die Menschen zum Islam bekehren, daraus macht er keinen Hehl – aber auf friedlichem

Und die Stellung der Frau? Die Geschlechtertrennung, das Kopftuch, die arrangierte Ehe seien Traditionen, sagt Tariq. Keine werde aber zu einer Heirat gezwungen oder gar geschlagen, „das ist feige und unverschämte“. Gegen Schwule habe auch die katholische Kirche Vorbehalte, da seien die Muslime nicht die Einzigen.

Der Leiter des Polizeiabschnitts Andreas Kirsten beobachtet das Hin und Her zwischen Heinersdorfern und Ahmadiyya seit zwei Jahren aus weltmännischer Distanz. Er hat einige Zeit in Kreuzberg und Neukölln gearbeitet, er glaubt, dass die Kontrahenten sich aneinander gewöhnen werden: „Die Ahmadiyya ist jedenfalls keine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, da gibt es keinen Zweifel.“ Kirsten hat die Gemeinde vom Staatsschutz überprüfen lassen, bevor er die Kooperation eingegangen ist. Die Ahmadiyya ist in Berlin auch nicht durch Gewalttaten gegenüber Frauen aufgefallen.

Alle Eigentümlichkeiten dieser Glaubensgemeinschaft unter der Schwelle des Strafgesetzbuches aber, so Kirsten, „gehen den Staat nichts an – wer



#### DIE WIDERSACHER

Joachim Swietlik von der Bürgerinitiative und Abdullah Uwe Wagishauser, Chef der Ahmadis, streiten über den Bau der Berliner Moschee. Inzwischen ist das Projekt im Rohbau fast fertig.

Weg: „Im Koran“, erklärt er, „heißt es: Wetteifert miteinander in den guten Dingen – warum soll das nicht ein ehrlicher Wettbewerb auch in Glaubensdingen sein?“ Der Islam sei „eine faszinierende Religion“. Wagishauser konvertierte mit 27, heute ist er 58 und trägt einen gestutzten Vollbart.

Einige Heinersdorfer konnten Wagishauser und Tariq schon von ihren friedlichen Absichten überzeugen, in den vergangenen Monaten haben sich zwei Vereine für ein tolerantes Heinersdorf gegründet. Bei manchen Bürgern haben sie allerdings den Eindruck, gegen eine Wand zu reden.

Handeln ist deshalb genauso wichtig, hat Tariq begriffen. Er nimmt viele Texte, die für Ärger sorgen, von der Website herunter. Die Schweinefleisch-macht-schwul-Abhandlung etwa, „die hatten wir vorher nicht kontrolliert“, entschuldigt sich Tariq. Er will „Nachbarn und Freunde“ zu großen Festen in die neue Moschee einladen; sie soll keine abgeschottete Tausendundeine-Nacht-Festung werden, sondern „ein Ort der Transparenz“. Er tut zuletzt das, was gläubige Menschen immer tun, wenn sie nicht mehr weiterwissen: Er betet jede Nacht, „dass die Heinersdorfer begreifen, dass wir friedlich sind“.

sich wie kleidet oder wer wo in der Moschee sitzt“. Dennoch muss die Polizei sich mit den Fremden auseinandersetzen. Sie hat nichts davon, wenn sich die Bürger eines Viertels nicht verstehen. Da gibt es nur Unruhe und Streit. Die Polizei will deshalb einen „Beitrag zur Integration“ leisten.

Es müssen viele integriert werden im Osten Berlins. Die Streifenpolizisten sollen von den Ahmadis lernen, wie Angehörige ihrer Religion ticken. Im Bezirk Pankow, zu dem Heinersdorf gehört, gibt es noch nicht lange muslimische Einwohner. Wer Streife fährt, muss aber wissen, wann er einen wütenden Menschen noch mehr auf die Palme bringt.

Die Polizisten wollen überdies Informationsabende für alle Bürger des Viertels in der Moschee veranstalten. Es soll um Einbrüche, Jugendkriminalität und Gewalt in der Familie gehen. Aber nicht nur. Kirsten verfolgt für einen Verbrechensbekämpfer auch ungewöhnlich pädagogische Ziele: „Die Menschen sollen merken, dass es nicht nur Trennendes zwischen ihnen gibt – wer ein Auto stiehlt, fragt doch auch nicht, welche Religion der Besitzer hat.“

CAROLINE SCHMIDT